

L1-024: Ein Bus zwei Mal am Tag? Holt uns nicht ab!

Antragsteller*innen Patrick Voss

Antragstext

Von Zeile 22 bis 24 löschen:

Um den Verkehr in Zukunft zu minimieren, sollen Wohn- und Gewerbeflächen nur ausgewiesen werden, wenn diese sehr gut an den ÖPNV angebunden sind oder bis zur ~~letzendlichen~~ Nutzung sehr gut angeschlossen werden ~~können~~.

Begründung

Jede Fläche kann gut mit dem ÖPNV angebunden werden. Entscheidend ist, dass es auch passiert.

L1-030: Ein Bus zwei Mal am Tag? Holt uns nicht ab!

Antragsteller*innen Patrick Voss

Antragstext

Von Zeile 30 bis 32 löschen:

~~Zurzeit werden die meisten Radwege im ländlichen Raum rein touristisch genutzt. Das muss sich ändern.~~ Vor allem für Fahrten zu den ÖPNV-Haltestellen oder zur nächst größeren Ortschaft sind Fahrräder, E-Bikes und Lastenräder gut geeignet.

Begründung

Das stimmt, bis auf ein paar Ausnahmen an touristischen Hauptachsen, nicht.

L1-051: Ein Bus zwei Mal am Tag? Holt uns nicht ab!

Antragsteller*innen Patrick Voss

Antragstext

Von Zeile 50 bis 52:

Randzeiten besteht ein großer Handlungsbedarf. Busse, die auch noch spät abends fahren, ermöglichen es ~~vor allem~~ in besonderem Maße Jugendlichen, deutlich besser am kulturellen Leben teilzuhaben, und können somit ein guter Ersatz für den Rollerführerschein

Begründung

Busse, die spät Abends verkehren, sind auch für andere Personengruppen (wie z.B. Menschen, die in Schichtarbeit tätig sind) sehr wichtig. Um deutlich zu machen, dass wir andere Gruppen nicht vergessen haben, dieser Änderungsantrag

L1-054: Ein Bus zwei Mal am Tag? Holt uns nicht ab!

Antragsteller*innen Patrick Voss

Antragstext

Von Zeile 53 bis 55:

sein. Zwischen den größeren Ortschaften fordern wir ein Express-Bus-Netz mit stündlicher Taktung. Dieses soll durch ein möglichst engmaschiges ~~S-Bahn~~Regionalbahn-Netz Stück für Stück ersetzt werden.

Begründung

S-Bahnen sind hoch frequentierte, im städtischen Raum eingestetzte SPNV-Angebote, die einen geringen Haltestellenabstand haben. Sie eignen sich daher nicht für die Anbindung des ländlichen Raums.

V2-004: Die Stadt gehört uns allen - Queerfeministische Stadtplanung jetzt!

Antragsteller*innen Dominik Hüsener

Antragstext

Von Zeile 3 bis 6 löschen:

und Dörfern ist auf die Bedürfnisse von sogenannten traditionellen Familien mit dem Cis-Mann als Alleinverdiener zugeschnitten. ~~Andere Lebensmodelle kommen in der Stadtplanung nicht vor.~~ Die gesamte Planung ist auf den Weg zum 40 Stunden Jobdes Alleinverdieners ausgerichtet. Dazu gehören riesige Straßen mit mehreren

Begründung

Die Aussage ist in der Pauschalität falsch

V2-005: Die Stadt gehört uns allen - Queerfeministische Stadtplanung jetzt!

Antragsteller*innen Patrick Voss

Antragstext

Von Zeile 4 bis 7:

dem Cis-Mann als Alleinverdiener zugeschnitten. Andere Lebensmodelle kommen in der Stadtplanung nicht vor. ~~Die gesamte Planung ist auf den Weg~~ Im Fokus der Verkehrsplanung stand lange die Bewältigung von Pendler*innenströmen zum 40-Stunden Job des Alleinverdieners ausgerichtet und vom Arbeitsplatz. Dazu gehören riesige Straßen mit mehreren Spuren, Ampelschaltung, die nur auf den motorisierten Individualverkehr

Begründung

Konkretisierung der inhaltlichen Aussage

V2-012: Die Stadt gehört uns allen - Queerfeministische Stadtplanung jetzt!

Antragsteller*innen Patrick Voss

Antragstext

Von Zeile 11 bis 15:

cis-männlichen und weißen Blick. Die Verkehrsplanung und die Städteplanung wird in den allermeisten Fällen von Cis-Männern geprägt, ~~Deutschland hattenoch nie eine Verkehrsministerin und das jetzige Verkehrsministerium ist geleitet von Andi Scheuer und vier Staatssekretär*innen, gerade mal eine ist eine FINTA* Person (Frauen/Inter/Nichtbinäre/Trans/Agender* Person).~~

Begründung

Das Themenfeld (Stadt)Planung ist aktuell im Innenministerium angesiedelt, nicht im Verkehrsministerium. Bis 2017 war es Teil des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unter Leitung von Barbara Hendricks. Des Weiteren handelt es sich bei den im Antrag beschriebenen Angelegenheiten primär um kommunale Zuständigkeiten. Die Kritik an Andreas Scheuer und dem BMVI ist daher in dieser Form mangels Zuständigkeit ausnahms- und ungewöhnlicherweise unberechtigt.

V2-019: Die Stadt gehört uns allen - Queerfeministische Stadtplanung jetzt!

Antragsteller*innen Patrick Voss

Antragstext

Von Zeile 18 bis 23:

Personen oder queere Personen ist nötig. FINTA* Personen tragen einen größeren Anteil an Care-Arbeit, wie Einkaufen oder Kindererziehung. ~~Dafür sind deutlich mehr Querverbindungen nötig, die oftmals wenig mit den Hauptverkehrsstraßen zu tun haben. Das bedeutet deutlich mehr Aufwand, umsteigen und mehr zeitliche Kapazitäten, die nicht für Freizeit oder Lohnarbeit genutzt werden können.~~ Es braucht Städte mit kurzen Wegen und ausreichend Querverbindungen. In einer Stadt der kurzen Wege wird Verkehr reduziert, Ressourcen und Anwohner*innen geschont und das Wohlbefinden der Bewohner*innen gesteigert. Auch wird Care-Arbeit, die oftmals außerhalb der bedeutsamsten Stadtkerne geleistet wird, erleichtert. Doch gerade Cis-Männer, die oftmals nur den Weg zur Lohnarbeit zurücklegen müssen,

Begründung

Eine Stadt der kurzen Wege, die in sich vernetzt ist, hat Vorteile für alle und sollte daher nicht nur mit Verweis auf hervorgehobene Gruppen gefordert werden.

V2-024: Die Stadt gehört uns allen - Queerfeministische Stadtplanung jetzt!

Antragsteller*innen Patrick Voss

Antragstext

Von Zeile 23 bis 24 einfügen:

gerade Cis-Männer, die oftmals nur den Weg zur Lohnarbeit zurücklegen müssen, besitzen ein Auto – im Schnitt deutlich mehr als FINTA* Personen. Letztere sind somit häufiger abhängig von Alternativen zum motorisierten Individualverkehr. Jene sollen durch eine Verbesserung des ÖPNV-Angebots und der Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur attraktiver werden. Wir fordern das Land und den Bund auf eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sicher- und herzustellen, um dies zu ermöglichen.

Begründung

In der Ursprungsfassung fehlte eine politische Folge aus der Feststellung. Diese wurde nun ergänzt.

V2-025: Die Stadt gehört uns allen - Queerfeministische Stadtplanung jetzt!

Antragsteller*innen Patrick Voss

Antragstext

Von Zeile 25 bis 28:

~~Hinzu kommen fehlende~~ Fehlende Aufzüge, kaputte Rolltreppen oder enge Bürger*innensteige, mit dem Kinderwagen oder Einkaufstaschen schwer zu bewältigen, stellen Hindernisse dar und erschweren den Alltag. Hinzu kommen Barrieren in nahezu allen Lebensbereichen, die für Menschen mit Behinderung das Leben deutlich erschweren. Baulichen Barrieren müssen schnellstmöglich überwunden werden. Daher fordern wir eine konsequente, schnellstmögliche Beseitigung dieser. Den Kommunen sollen hierfür die benötigten Finanzmittel bereitgestellt werden. Um den Mangel an Planer*innen in kommunalen Verwaltungen nachhaltig zu bewältigen, sollen Planungsberufe attraktiviert und eine Ausbildungsoffensive gestartet werden. Es braucht mehr Ausbildungskapazitäten und eine Entfristung befristeter Stellen im öffentlichen Dienst!

Begründung

Ergänzung der politischen Forderung im Anschluss der Feststellung.

V2-038: Die Stadt gehört uns allen - Queerfeministische Stadtplanung jetzt!

Antragsteller*innen Patrick Voss

Antragstext

Von Zeile 37 bis 39 einfügen:

Perspektiven, die aus der gesamten Gesellschaft kommen, nicht nur von weißen Cis-Männern. Kurzfristig braucht es gut ausgeleuchtete, einsehbare Wege und Aufenthaltsflächen, breitere Gehwege und mehr Plätze zum Zusammenkommen und

Begründung

Der Aspekt der Einsehbarkeit ist ein wichtiger Aspekt der Sicherheit im öffentlichen Raum

V2-038-3: Die Stadt gehört uns allen - Queerfeministische Stadtplanung jetzt!

Antragsteller*innen AK Ökologie (beschlossen am: 03.07.2021)

Antragstext

Von Zeile 37 bis 39:

Perspektiven, die aus der gesamten Gesellschaft kommen, nicht nur von weißen Cis-Männern. Kurzfristig braucht es ~~gut ausgeleuchtete Wege~~ gute und ökologisch sowie gesundheitlich verträgliche Beleuchtung auf Wegen und Aufenthaltsflächen, breitere Gehwege und mehr Plätze zum Zusammenkommen und

Begründung

Der Schutz der Nacht und die Vermeidung von Lichtverschmutzung sind ein hohes Gut, das vor dem Hintergrund mehrerer Aspekte (Schutz bedrohter nachtaktiver Insekten, Fragen der Gesundheit, Energieeinsparung) aktuell an Bedeutung gewinnt. Kommunen stehen vor der Aufgabe, gegenläufige Bedarfe zusammenzubringen. Ein Ansatz kann die Identifizierung von Nachtschutzgebieten in bestimmten Parks und Rückzugsräumen sein. Außerdem werden in einigen Kommunen bewegungssensitive Laternen getestet. Einedeutlicher und unbedachter Ausbau von Beleuchtungsanlagen hätte jedoch negative Folgen für den Artenschutz.

Als Grüne Jugend müssen wir uns der Problematik bewusst sind und Lösungen fordern, die beides zusammenbringen.

V2-042: Die Stadt gehört uns allen - Queerfeministische Stadtplanung jetzt!

Antragsteller*innen Patrick Voss

Antragstext

Von Zeile 41 bis 43:

Eine zentrale Forderung ist die Stadt der kurzen Wege. Dabei ist es wichtig, dass **alles** möglichst viel des täglichen Lebens nah an der Wohnung liegt und gut erreichbar ist. Das beinhaltet wohnungsnah Arbeitsplätze, gut zu erreichende öffentliche Verkehrsmittel,

Begründung

Da eine stark emittierende Industrieanlage nicht in der Nähe der Wohnung angesiedelt sein sollte, dieser Änderungsantrag

V2-054: Die Stadt gehört uns allen - Queerfeministische Stadtplanung jetzt!

Antragsteller*innen Patrick Voss

Antragstext

Von Zeile 53 bis 56:

Zum alltäglichen Leben gehören auch Freizeit und Erholung. Während im ländlichen Raum viel Natur zu finden ist, die aber ~~keine gute Anbindung herrscht~~ oft nur schlecht mit dem ÖPNV erreichbar ist, ist in der Stadt weniger Natur aber oftmals ein diverses Angebot an kulturellen Veranstaltungen vorhanden. Das Ziel muss sein, dass sowohl auf der Stadt als

Begründung

Die Ursprungsfassung empfand ich als zu pauschal

V6-001: Prüfung von Unterstützungsmöglichkeiten für kleine Basisgruppen

Antragsteller*innen Landesvorstand, Anastasia Hansen, Lena
Cornelissen (beschlossen am: 01.07.2021)

Titel

Ändern in:

Kleine Basisgruppen gezielt unterstützen

Antragstext

Die GRÜNE JUGEND NRW verschreibt sich dem Ziel kleinere Basisgruppen, insbesondere in ländlicheren Gegenden aktiv zu unterstützen.

Dafür wird der Landesvorstand mithilfe einer umfassenden Potenzial- und Problemevaluation auf die Basisgruppen zugehen. So kann er herausfinden, was in den Basisgruppen schon gut läuft und in welchen Bereichen sie noch Unterstützung brauchen. Die Ergebnisse der Evaluation werden bis zum Herbst 2022 in konkrete Handlungsschritte übertragen. Der Evaluationsprozess, die Ergebnisse und die Handlungsschritte werden auf der Landesmitgliederversammlung im Herbst 2022 kurz mündlich vorgestellt. Schritte könnten zum Beispiel die gezielte Schulung von Basisgruppenvorständen oder die weitere Stärkung der Bezirksstrukturen sein.

Langfristiges Ziel ist es, in weiten Teilen NRWs schlagkräftige und aktive Basisgruppen, die vor Ort einen konkreten Unterschied machen, aufzubauen.

Begründung

erfolgt mündlich